

Eine unwürdige Bilanz

Während die Abwasserpolitik im Land Brandenburg Mitte der 90er Jahre durch einen krankhaften Kanalisationswahn im ländlichen Raum gekennzeichnet war, hatten viele Bürger des Landes mit ihrem wachen Verstand und dem noch gesunden Bauchgefühl die einzige Alternative dazu entdeckt und bereits begonnen, dezentrale Lösungen zu schaffen.

Als der damalige Innenminister - Herr Ziel - 1999 in einer Vor-Ort-Sendung in Damsdorf die Zentralisation als die einzig nachhaltige Zukunft für unsere Kinder und Enkel beschwor, war er sicher dankbar, daß viele Polizisten über seine Unversehrtheit wachten. Erst nach weiteren drei Jahren Druck von unten (Hungerstreik, Marsch nach Berlin, Fahrraddemo zum Europäischen Parlament u.a.) reifte bei den Politikern der Landesregierung die Erkenntnis von der wesentlich nachhaltigeren Alternative zur "end-of-pipe"-Strategie und führte zum Bekenntnis der "Gleichwertigkeit" dezentraler Lösungen. Dieses Bekenntnis ist bis heute nicht in Landesrecht umgesetzt.

Die heutige Situation der Abwasserpolitik des Landes Brandenburg ist gekennzeichnet durch das im November 2006 erneuerte Bekenntnis des Umweltministers zur zentralen Abwasserbeseitigung als Leitlinie der Regierung. Die "Gleichwertigkeit" dezentraler Lösungen ist nicht erst seit diesem Bekenntnis vergessen, sondern der 2002 aufgegangene Stern der Hoffnung von der Zukunft der dezentralen Lösungen ging schon kurze Zeit nach seinem Erscheinen wieder unter. Der Undank dafür gebührt dem politischen Gewalttäter, Innenminister Schönbohm, welcher den Anschluß- und Benutzungszwang wie einen Knüppel gegen räudige Hunde schwingt und durch den Mißbrauch dieses ordnungspolitischen Instruments zur Steuerung der Abwasserbeseitigung jeden Fortschritt torpediert.

Die erschreckende Unwissenheit der Politiker besteht darin, daß sie die Zeichen der Zeit nicht verstehen und nicht wissen, daß Dezentralisation allein noch kein Paradigmenwechsel hin zur Nachhaltigkeit bedeutet, so lange es sich nur um dezentrale Abwasserbeseitigung handelt.

Die Benutzung und vollständige Verwertung des behandelten häuslichen Schmutzwassers ist nicht nur ein unbeugsames Recht jedes Abwassererzeugers, sondern seine gesetzliche Pflicht.

Den Politikern ist weder bekannt, noch verstehen sie den elementaren Unterschied zwischen Beseitigung und Verwertung. Wenn diese Unwissenheit über den Paradigmenwechsel dann noch gepaart ist mit politischer Arroganz, wie z.B. beim Spitzenpolitiker der SPD - Herrn Baaske - welcher diesen Unterschied als "Spitzfindigkeit" bezeichnet, dann muß es mit der Nachhaltigkeit des Landes rapide bergab gehen.

Und weil eben kein geringerer als der Bundespräsident Horst Köhler nicht mehr mit ansehen will, wie landesweit die Rechte der Bürger und die Demokratie mit Füßen getreten werden, hatte er im November 2006 gerade diese Strategie der vollständigen Verwertung von Abwasser mit dem Bundes-Umweltpreis ausgezeichnet.

So wird der eine für die einzig nachhaltige Strategie des Umgangs mit Abwasser zu Recht geehrt, und im Lande Brandenburg werden diejenigen Bürger, welche die vollständige Eigenverwertung seit Mitte der 90er Jahre bereits vollziehen, fernab von Gesetz und Recht, Verfolgungen, Bedrohungen und Nötigungen bis hin zur angedrohten Beugehaft ausgesetzt.

Das geschieht aus fiskalischen Gründen, um die falsche Abwasserpolitik der Landesregierung von den Bürgern finanzieren zu lassen. Dabei geht die Rechtsbeugung durch die Behörden, einschließlich der Gerichte so weit, daß in Ermangelung auch nur eines einzigen Beweises für die Unrechtmäßigkeit bürgerlichen Handelns bei der Benutzung und Verwertung ihres Eigentums ein rein moralisches Prinzip, der Gedanke der Solidarität, über alle geltenden Gesetze gestellt wird. Abgesehen davon, daß weder in den Bundes- noch in den Landes-Wassergesetzen der Solidaritätsbegriff auftaucht, ja sogar in den Kommunalgesetzen kein Solidaritätsbegriff existiert - es gibt nicht einmal einen Aufruf zur Solidarität in den Satzungen der Verbände.

So bleibt der Politik nur übrig, einen neuen Solidarpakt durch die unabhängigen Richter dieses Landes beschließen zu lassen - eine Konterkarrierung und Entweihung der Solidarität. Von einem 500-Euro-Bezieher zu verlangen, er habe mit den Reichen solidarisch zu sein und darüber hinaus Solidarität mit Unternehmen, Behörden, Verwaltungen, Banken, Versicherungen usw. zu üben, das können exDDR-Bürger mit 40-jähriger Erfahrung in verordneter Solidarität nur als Demagogie erleben. Es fällt auf ihre Verursacher zurück.

Diese Politik ist nicht für, sondern gegen die Menschen gemacht. Sie will nicht den mündigen Bürger, sondern den dressierten Untertan. Deshalb sagen wir: Ohne uns!

Potsdam, am Weltwassertag 2007

Karl-Otto Zabel, Rautenkrantz 1, 15890 Rießen
Interessengemeinschaft
Dezentrale Abwasserbehandlung und Verwertung,
Oder-Spree e.V.

Ulrich Jochimsen, Geschäftsf. Vorstand
Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung, e.V.
Haus der Natur, Lindenstr. 34
14467 Potsdam